

# Perspektiven zur Hochschule von morgen

*Situation und Entwicklungen der schweizerischen  
Hochschulen aus studentischer Sicht*



***Verband Schweizerischen  
StudentInnenschaften – VSS***

## Impressum

Herausgeber	Verband der Schweizerischen StudentInnenenschaften Schanzenstrasse 1, 3008 Bern Tel. 031 / 382 11 71 Fax. 031 / 382 11 76 E-Mail: vss-unes@pingnet.ch
Redaktion	Dieser Text wurde ausgearbeitet von der erweiterten Hochschulpolitischen Kommission des VSS. Er wurde behandelt und angenommen vom Ausserordentlichen Kongress des VSS vom 15. November 1998.
Übersetzung	Laurence Kronegg, Adrian Blaser, Daniel Hostettler, Stefan Kristensen
Layout	Erik Grobet, Solidaridad Graphisme, Genève
Auflage	1500, November 1998

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>4</b>
1.1 Der politische Kontext	4
1.2 Entwicklung und Übermittlung des Wissens	5
1.3 Synergien im Bildungswesen	8
1.4 Die Bildung einer Elite?	9
<b>2. Selektion und Universität</b>	<b>9</b>
2.1 Der Numerus Clausus	11
2.2 Inneruniversitäre Selektion	11
<b>3. Die Vernetzung der schweizerischen Hochschulen</b>	<b>12</b>
3.1 Das ideale Netz	12
3.2 Heutige Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen	12
3.3 Die Projekte der Vernetzung	13
3.4 Mitbestimmung bei der Vernetzung	14
3.5 Mobilität und Harmonisierung	14
3.6 Die Kompetenzzentren	14
<b>4. Die Fachhochschulen (FHS): Welche Rolle im schweizerischen Hochschulwesen?</b>	<b>15</b>
4.1 Die Harmonisierung – eine Schlüsselrolle des Bundes	16
4.2 Für ein kohärentes Netz	18
<b>5. Finanzierung der Hochschulen</b>	<b>18</b>
5.1 Beteiligung der Studierenden an der Finanzierung der Hochschulen	18
5.2 Leistungsvertrag und Globalbudget	20
5.3 Privatfinanzierung	21
<b>6. Demokratie an der Universität</b>	<b>23</b>
6.1 Die Mitbestimmung	24
6.2 Beziehungen zwischen Staat und Hochschulen	26
<b>7. Die Stellung der Frauen in den Hochschulen</b>	<b>27</b>
7.1 Die Frauen in der akademischen Hierarchie	28
7.2 Die Verteilung der Frauen nach Studienrichtung	29
7.3 Das Geschlecht: ein neuer Ansatz	30
<b>8. Zusammenfassung</b>	<b>31</b>

# Vorwort

Das vorliegende Papier entstand aufgrund intensiver Diskussionen innerhalb des VSS. Diese waren in den seltensten Fällen einfach, im Gegenteil galt es, fundamentale Bedenken an der heutigen Gesellschaft und Universität zu vereinbaren mit der Forderung nach praktikablen Lösungsvorschlägen für die Probleme, denen die Öffentlichkeit momentan am meisten Aufmerksamkeit schenkt. Dies umreisst das Ziel des Projekts: Wir Studierende wollen trotz teilweise grundsätzlicher Bedenken einen konstruktiven Dialog in Gang bringen. Die Universität soll auch in Zukunft als gemeinsames Konstrukt aller Beteiligten fortbestehen. Die Studierenden wollen nicht als Kundinnen und Kunden schubladiert werden, im Gegenteil verstehen wir uns als Mitdenkende, Mitwirkende und Mitgestaltende der Universität und der Gesellschaft.

Mit dem Vorliegenden wagen wir also den Versuch, uns von der altbewährten Fundamentalopposition abzuwenden und konstruktive sowie politisch und organisatorisch praktikable Vorschläge zur Umgestaltung des Universitätssystems in der Schweiz zu präsentieren. Diese Vorschläge entsprechen selbstredend nicht unseren Idealen, stellen aber einen Schritt in eine in unseren Augen bessere Richtung dar. Das Verbarrikadieren hinter seinen Idealen und Grundsätzen ist einfach und nützt nichts in einem Prozess, bei dem es darum geht, einen für alle Beteiligten gangbaren Weg zu finden und zu beschreiten. Vielmehr soll es so sein, dass vor dem Hintergrund der Ideale neue Ideen reifen können.

Mit dem neuen Hochschulförderungsgesetz steht hoffentlich in Kürze ein Instrument zur Verfügung, mit dem eine vernünftige Hochschulpolitik auf schweizerischer und kantonaler Ebene betrieben werden kann. Unsere Vorschläge sollen auch darin Eingang finden.

Der Aufwand, ein solches Projekt unter Berücksichtigung der unzähligen verschiedenen Meinungen unter ein Dach zu bringen, ist enorm. Hinzu kommen die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Französisch- und Deutschsprachigen, welche besonders zu fortgeschrittener Stunde als auch bei allzu speziellen Fachausdrücken doch erheblich waren. Gerade durch die hohe Gesprächskultur und die Rücksichtnahme auf die andere Sprachregion wurde jedoch dieses Projekt ermöglicht. Daher möchte ich allen Beteiligten für ihr Engagement ganz herzlich danken!

Martin Schwarz, Hochschulpolitische Kommission des VSS

# 1. Einleitung

Davon überzeugt zu sein, dass die aktuelle Entwicklung der Schweizer Universitäten<sup>1</sup> für die nächsten Jahrzehnte bestimmend sein wird, ist oft nur ein Teil eines Diskurses. Für diejenigen, die sich mit besten Kräften für eine Änderung einsetzen, ist diese Überzeugung jedoch unabdingbar. Die aktuellen Reformprojekte im universitären Bereich gehen bei weitem über einfache, konjunkturbedingte Anpassungen hinaus. Es ist vor allem die Unabhängigkeit der Universität, die heute in Frage gestellt wird, obschon es sich dabei um eine sowohl ursprüngliche (die ersten Universitäten wurden durch die Studierenden und Lehrenden selbstverwaltet und entstanden nicht durch Anstrengungen der Gesellschaft) wie auch grundsätzliche (durch die Unabhängigkeit wird die Ausübung von Kritik garantiert) Charakteristik der Universität handelt. Die Tatsache, dass die Universitäten eine Phase substantieller Veränderungen durchlaufen, ist an und für sich erfreulich, trotz eines wirtschaftlich und politisch schwierigen Kontextes: In Anbetracht, dass das heutige Universitätssystem unbefriedigend ist, braucht es Verbesserungen.

## 1.1 Der politische Kontext

Politische Reformen in der Schweiz und in den meisten entwickelten Ländern müssen heute vor allem in Zusammenhang mit dem, was man allgemein als Neoliberalismus bezeichnet, gesehen werden. Parallel zu den Umwälzungen in der Wirtschaft, vor allem hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse, werden das Ausmass und die Zielsetzungen des gesamten Service Public neu definiert. So werden auch die wegen des sozialen Zusammenhalts nicht privatisierbaren Sektoren nach neuen Kriterien umgebaut. Das Grundprinzip dieser Veränderungen ist, dass der Staat immer weniger auf die sozialen Bedürfnisse der Gesellschaft direkt antwortet, sondern diese mittels öffentlicher Dienstleistungen (Service Public) befriedigt werden. Der Staat versucht, ein generelles Vertragssystem einzuführen, das den von ihm abhängigen öffentlichen Diensten Leistungen vorschreibt, die sie erbringen müssen; dafür erhalten diese Dienste im Gegenzug eine Pauschalsumme zugesprochen, über die sie verfügen können. Dieser Austausch dient der Reduktion von Kosten, da die öffentliche Hand Druck aufsetzen und bei Nicht-Erfüllen der Leistungskriterien ihre Beiträge senken kann.

---

<sup>1</sup> In diesem Text wird unterschieden zwischen Universität und Hochschule: Universität wird gebraucht im engeren Sinn; Hochschule steht für alle Schulen des tertiären Bildungsbereichs: Universitäten, Technische Hochschulen und Fachhochschulen.

Dieses Modell erzeugt neue Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Sektoren, vor allem eine Stärkung hierarchischer Strukturen auf Kosten demokratischer Formen. Es lässt zudem Konzentrationsbewegungen in den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Dienstleistungen (Service Public) aus, das heisst Bereiche mit ähnlichen oder identischen Aufgaben werden zusammengeführt; die damit erreichten Anpassungen erlauben eine bessere Konkurrenzfähigkeit und eine Verteilung der Aufgaben. Im Gesundheitssektor schon weit fortgeschritten, ergreift dieser Prozess heute in der Schweiz auch immer stärker den Bildungsbereich und in erster Linie den tertiären.

Es ist klar, dass diese neue Konzeption darin besteht, die sozialen Bedürfnisse, auf die nur der Staat eine befriedigende Antwort geben kann, vor allem unter dem Blickwinkel ihrer Kosten anzugehen; und dies mit dem erklärten Ziel, die Ausgaben auf ein Minimum zu reduzieren. Der Staat muss deshalb beweisen, mit seinem Handeln «rentabel» zu sein. Die Entwicklung in Richtung eines Staates, der auf den Kriterien von HändlerInnen basiert, bedingt die Reduktion der aktuellen Budgets. Und man sollte sich nicht täuschen: Die Austeritätsmassnahmen, die heute schon erkannt werden können, sind keine vorübergehenden. Sie werden die Norm sein.

## 1.2 Entwicklung und Übermittlung des Wissens

Ohne uns der Konzeption entgegenstellen zu wollen, dass öffentliche Dienstleistungen (Service Public) ökonomisch nützlich sind, denken wir, dass ihre hauptsächliche Funktion nicht darin liegt, ein Element des aktuellen Wirtschaftssystems zu sein. Das Folgende ist denn auch aus einer ganz anderen Sicht geschrieben, nämlich ausgehend von der Frage, welchen Sinn die Universität für die Gesellschaft haben könnte. Mit dieser Hinterfragung des gesellschaftlichen Sinns der Universität werden auch der Zustand der Universität bewusst gemacht und Verbesserungsvorschläge entwickelt.

Die Universität fördert das Wissen mittels Forschung und sichert die Ansammlung von Kenntnissen, die der Gesellschaft nützlich sein können. Dies erlaubt der Menschheit, Fortschritte zu machen. Damit die Universität aber im Dienste der gesamten Gesellschaft stehen kann, muss verhindert werden, dass irgendeine Interessensgruppe – mit welchen Mitteln auch immer – die Forschung und damit das zur Verfügung stehende Wissen zu steuern beginnt. Neben dieser Freiheit der Forschung muss weiter gewährleistet werden, dass das gewonnene Wissen innerhalb der Gesellschaft verbreitet wird. Sonst bleibt die Hoffnung auf Fortschritt blosser Wunsch. Die wichtigste und ohne Zweifel beste Art der Wissensübermittlung ist die Lehre. Diese kommt heute jedoch nur einer Minderheit der jungen Leute zugute und dann auch nur in Form eines sehr sektoriellen Wissens.

Es ist deshalb von grosser Wichtigkeit, die fortlaufende Ausbildung zu verbreitern und den Zugang zu einem möglichst allgemeinen Wissen zu fördern. Auch die anderen Formen der Wissensvermittlung (Fachzeitschriften, Ausstellungen, Konferenzen) sind ungenügend, so dass unbedingt neue Wege gefunden werden müssen, um den Zugang zum Wissen weiter zu demokratisieren.

Um diese Prozesse weiterzuentwickeln, muss man sie aus der Perspektive einer Übermittlung des Wissens in Richtung Gesellschaft und im speziellen in Richtung BürgerIn betrachten:

- a) Zuerst handelt es sich darum, den «contrat social», der auch in der Forschung wirksam sein sollte, neu zu überdenken. Die Freiheit der Kritik und der Forschung ist ein politisch sehr schwerwiegendes Anliegen. Denken wir nur an die aktuelle Situation, die weitgehend von einer praktisch uneingeschränkten Ideologie dominiert wird. Die hartnäckigsten Verfechter dieser Ideologie haben viel zu verlieren durch die Kritik an dem, was man allgemein «Einheitsdenken» nennt. Dieser Kritik Hemmnisse aufzuerlegen, bedeutet, den existentiellen Interessen der Gesellschaft, das Wissen zu vergrössern, entgegenzulaufen, da das wichtigste Mittel zum Fortschritt genau in diesem die aktuellen (sowohl sozialen wie ökonomischen oder wissenschaftlichen) Zustände kritisierenden Ansatz liegt. Die Gesellschaft sollte also dieses Engagement für sich selber, das darin besteht, den Forschenden die Freiheit zu garantieren, erneuern. Diese Garantie sollte nun nicht darauf abzielen, die wissenschaftliche Produktion in eine totale Autonomie zu entlassen, mit der Gefahr, dass sich das Wissen nur noch um seines eigenen Willens produziert. Um ein solches Abgleiten zu verhindern, müssen sich die Forschenden ihrer Funktion der Gesellschaft gegenüber sehr gut bewusst sein. Dies wird erreicht, indem die ForscherInnen ihre Kenntnisse als Produkt (im Sinne des Wortes) betrachten und indem ihre Forschungsprojekte im Hinblick auf den gesellschaftlichen Nutzen bewertet werden.
- b) Die Universitätsangehörigen<sup>2</sup> haben die Tendenz, unter sich zu bleiben. Durch dieses Phänomen entsteht – besonders für letztere selber – der Eindruck, nicht Teil der sie umgebenden Gesellschaft zu sein. Dieser Eindruck verstärkt sich dadurch, dass ökonomische Mechanismen, welche ausserhalb der Universität wirken, innerhalb der Universität nicht unmittelbar ihre Wirkung haben. Dennoch ist die Universität heute durch die zunehmende Personenzahl mehr denn je zumindest auf sozialer Ebene in die Gesellschaft integriert.

<sup>2</sup> Unter «Universitätsangehörigen» sind die Studierenden und die Lehrenden zu verstehen, in Abgrenzung zu den Personen, die eine universitäre Ausbildung schon hinter sich haben.

Mit diesem personalen Zuwachs hat sich auch die Rolle der Universität gegenüber der sie umgebenden Gesellschaft verändert. Trotz dieser Veränderung konnte die Universität eine wichtige Eigenschaft über sehr lange Zeit bewahren. Sie ist ein Ort, der sich weitgehend den Zwängen, die besonders stark auf ökonomischer Ebene wirken, entzieht. Dies ist eine wichtige Eigenschaft, denn dieser relative Schutz von ausseruniversitären Zwängen ermöglichte der Universität in der Vergangenheit viele kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Errungenschaften, die wir heute als selbstverständliche Teile unserer Kultur erachten. Wenn nun heute darüber diskutiert wird, im universitären Betrieb vermehrt Mechanismen wirken zu lassen, wie sie beispielsweise in der Wirtschaft vorkommen, so wird grundlegend in Frage gestellt, ob zukünftig vergleichbare Leistungen möglich sein werden. Damit die Universität ihre Rolle gegenüber der Gesellschaft als Ort der Reflexion und Invention gewährleisten kann, muss diese Eigenschaft, eine bestimmte Distanz zu ökonomischen Mechanismen, aber weiterhin Voraussetzung sein. Erst diese Distanz ermöglicht der Universität, ein Ort zu sein, der sich in seiner einmaligen Art in jeder sozialen Situation von der Umwelt aufgrund dieser Freiheit auszeichnet. Diese relative Losgelöstheit soll aber keinesfalls einem Rückzug oder einer Abspaltung vom ausseruniversitären Leben gleichkommen. Die Universität würde in diesem Fall nicht ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gerecht.

**Sowohl die Isolation der Universität wie auch das politische Klima verlangen nach einer Reaktion. Es ist nötig, öfter und konsequenter an die Gesellschaft heranzutreten. Dies zum Beispiel durch:**

- **Tage der «offenen Türe» an den Universitäten (anstelle des heute gänzlich unangebrachten „Dies Academicus“)**
- **regelmässige Präsenz in regionalen und überregionalen Medien wie Zeitungen, Radio, TV-Sender und Internet**
- **eine Zeitung mit Informationen aus den Universitäten, die an die Bevölkerung verteilt wird, ausgestattet mit der Möglichkeit eines regen Austauschs (LeserInnenbriefe, Möglichkeiten, mit Forschenden in Kontakt zu treten)**

Damit diese Schritte ein Erfolg werden, müssen die Aufgabenbereiche der Lehrenden um diese Pflicht der Wissensvermittlung an die Allgemeinheit erweitert werden.

Wissen muss als gemeinschaftliches Gut der Menschheit angesehen werden. Auf keinen Fall soll ein «Label» oder ein Patent auf geistiges Eigentum eingeführt werden.



In umgekehrter Richtung muss auch die Gesellschaft stärker an den Universitäten anwesend sein. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, da die Fähigkeit zur Kritik und damit die Unabhängigkeit der Universität unbedingt erhalten bleiben muss. Trotz dieser Schwierigkeit sollte es möglich sein, Universitätsräte aus Universitätsangehörigen und VertreterInnen der Gesellschaft (aus den Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs- und Sozialbereichen) zu bilden, die nach konkreten Vorgaben arbeiten.

Die Geschichte der Universität ist ein Prozess des Aufbaus, sie steht für die Aufrechterhaltung eines kritischen Geistes sowie einer Unabhängigkeit, die diesen bedingt. Trotz manchmal autoritärer Entwicklungen hat sich die Universität ihre grundsätzliche Charakteristik auf eine doch befriedigende Art bewahren können. Aus diesem Grund müssen heute andere Lösungen als die anvisierten gefunden werden, denn ein Universitätsrat, der entweder als Ort der Auseinandersetzung verschiedener Interessensgruppen fungiert oder der stärksten Interessensgruppe dazu dient, Druck auf die Universität auszuüben, kann nicht nützlich sein. Das gleiche gilt – vor allem in Zeiten einer energischen Sparpolitik – für Leistungsverträge, die die Universität von der herrschenden politischen Meinung abhängig macht. Die Suche nach einer Lösung muss mit der Reflexion darüber anfangen, welche Macht über die Universität der Gesellschaft zugestanden wird. Es geht, wie schon gesagt, um nichts Geringeres als die Kritikfähigkeit der Universität.

### 1.3 Synergien im Bildungssystem

Die Universität ist durch die Wissensvermittlung, die sie mit der Lehre gewährleistet, Teil des Bildungssystems. Eine spezifische Rolle erhält die Universität aber durch die Tatsache, dass sie die hauptsächliche Produzentin neuer Erkenntnisse ist. Durch den direkten Kontakt mit den ForscherInnen, die gleichzeitig Lehrende sind, ist es den StudentInnen möglich, eine Ausbildung durch weit entwickeltes und aktuelles Wissen zu erhalten. Die Universität unterscheidet sich von den Mittelschulen, etwa dem Gymnasium, vor allem durch diese spezifische Form der Ausbildung. Sie ist jedoch nicht allein auf der tertiären Ausbildungsstufe, da es noch andere Typen von Hochschulen gibt. Diese vermitteln aber im allgemeinen ein berufsbezogeneres Wissen und betreiben eine Forschung, die stärker auf die direkte Anwendbarkeit ausgerichtet ist. Diese Unterschiede zwischen den Hochschulen und den Universitäten sollten nun nicht zu einer Abschottung der verschiedenen Hochschultypen führen. Im Gegenteil, die neuen Erkenntnisse der Grundlagenforschung sollten vielmehr der angewandten Forschung Impulse geben und die Probleme, die diese aufgrund ihres viel direkteren Kontaktes mit der Gesellschaft hat, sollten neue Herausforderung für

die Grundlagenforschung liefern. In diesem Sinn wäre auch ein regerer Austausch zwischen den Studierenden beider Hochschultypen wünschenswert. Universitäten und Hochschulen sind sich also gegensätzlich nützlich und müssten ihre Durchlässigkeit vergrößern.

### 1.4 Die Bildung einer Elite?

Es ist unbestritten, dass die Universität durch ihren beschränkten Zugang weiterhin einen Ort sozialer Reproduktion bevorteilter sozialer Schichten darstellt. Die Demokratisierung des Universitätszugangs begann in den sechziger Jahren und erstreckte sich in bescheidenem Ausmass bis zum Ende der achtziger Jahre. Seither verhindern verschiedene Arten von Sparpolitik diesen Prozess.

Eine tatsächliche Demokratisierung steht noch bevor. Ein erweiterter Zugang zur Universität als Ort der Wissensbildung steht im Interesse einerseits der Grundausbildung (aller NutzniesserInnen), andererseits der Weiterbildung auf Hochschulniveau. Aus diesem Grund braucht es unbedingt verstärkte Berührungspunkte zwischen Universität und Gesellschaft. Dabei genügt es nicht, das Wissen aus der universitären «Produktion» gegen aussen zu verbreiten. Die Öffnung der Universität gegenüber der gesamten Gesellschaft muss über eine Erhöhung des Anteils an HochschulabgängerInnen laufen.

Dabei gilt es zu bedenken, dass eine Demokratisierung des Hochschulzugangs nicht durch Massnahmen in Richtung verschulter und rein berufsorientierter Studien begleitet werden darf, eine Tendenz, die sich bereits heute verstärkt an den Hochschulen feststellen lässt. Als Ort der Kritik mit entsprechender Zeit zur Überlegung steht die Universität im Dienst eines gerechteren sozialen Ideals.

## 2. Selektion und Universität

Im Bildungsbereich spielen unterschiedliche Auswahlverfahren eine entscheidende Rolle. Bereits im Kindesalter und als Jugendliche müssen sich SchülerInnen mit dem Wiederholen von Schuljahren und Richtungsentscheidungen nach der Primarschule auseinandersetzen.

In bezug auf eine höhere Ausbildung gilt es zwischen vor- und inneruniversitärer Selektion zu unterscheiden. Die voruniversitäre Selektion entspricht einer Art Numerus Clausus, der durch eine Einschätzung der „Leistungsfähigkeiten“ der